

Der Gefellschaffer

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Nagolder Tagblatt

Gegründet 1826.

Schiffelung, Druck und Verlag von W. H. Böttler (Hans Jochen) Nagold.

Mittwoch den 19. Juli 1922

Preis pro Nr. 20.

Bestellte Zeitung im Oberamtsbezirk. — Anzeigen sind daher von bestem Erfolg.

Für alle Anzeigen wird bester Preis übernommen. Es wird keine Anzeigengeldentnahme, bei Anzeigen über 100 Zeilen in bestimmten Fällen aber an der gewöhnlichen Stelle erscheinen. In allen von höherer Gewalt bedingten Fällen auf Befehl der Zeitung über auf Rückzahlung v. Bezugspreisen.

Telegramm-Adresse:

Gefellschaffer Nagold

Postfachkonto:

Stuttgart 6118.

96. Jahrgang

erscheint an jedem Werktag. Bestellungen nehmen sämtliche Postämter und Postbüros entgegen.

Bezugspreis: in Nagold, durch d. Agenten, durch d. Post einschl. Postgebühren monatl. M. 26.—, Einzelnummer M. 1.—

Anzeigen-Gebühr für die einseitige Zeile aus gewöhnlicher Schrift oder deren Raum bei einmaliger Einrückung M. 2.—, bei mehrmaliger Abdruck nach Tarif. Bei gerichtl. Beitreibung u. Kontenzen ist der Rabatt binafällig.

Nr. 166

Wieder eine ergebnislose Konferenz

Lord George hat entschieden Pech. Sagte er doch vor mehreren Monaten, das Zeitalter der Kriege sei vorüber. Statt Frieden und Verständigung hätten sie nur Haß und Rache gebracht. Mit Genoa sollte eine neue Zeit der Menschheit anheben: die Zeit der Konferenzen, d. h. der gegenseitigen friedlichen Zusammenarbeit der Völker der Erde.

Gesagt — getan. Am 10. April kamen die Vertreter so ziemlich aller Völker der Erde in Genoa zusammen. Mitte Mai ging man wieder nach Hause und hinterließ ein „Torso“, ein Stückwerk, ja noch weniger als das: das einzig Greifbare, was in Genoa erreicht wurde, das war der deutsch-russische Vertrag von Rapallo, den man übrigens in Berlin genau so gut fertig gebracht hätte, ohne daß man sich in so große Unkosten zu stürzen brauchte.

Halt! daß wir die volle Wahrheit sagen: man hat auch mit den Russen angehandelt, ist aber nicht handelsmäßig geworden, und Lord George schlug vor: Fortsetzung im Haag am 15. Juni.

Eine „Internationale“ Konferenz in des Wortes voller Bedeutung war zwar dieser Völkerkonvent nicht, so wenig wie es der Wilsonsche „Völkerbund“ ist. Denn erstens fehlten die Deutschen. Die hat man von vornherein „ausgeschlossen“, weil sie so ihren Vertrag mit Rostau bereits in der Tasche hätten. Die Amerikaner wollten auch nicht mitmachen, so wenig und noch weniger als in Genoa. Erstens sei Haag eine Fortsetzung von Genoa und zweitens, mit einem bolschewistischen Staat und seinem verrückten Eigentumsbegriff wolle man nichts zu schaffen haben. Die Franzosen, die ebenfalls auf die Bolschewiki, die ihnen über 20 Milliarden Francs von der Vorkriegszeit noch schuldig sind, nicht gut zu sprechen sind, erklärten von vornherein, die Haager Konferenz müsse einen absolut unvorstellbaren Charakter haben, also höchstens eine „Sachverständigenkonferenz“ sein. Und endlich die Italiener! Die waren nur mit halbem Herzen dabei, denn sie hatten bereits auch ihren Vertrag mit Rostau, wenn er auch noch nicht ratifiziert war (die Rostawiter vermieden darin eine glatte Anerkennung ihrer einzigartigen Staatsform), zusammen geschrieben.

Auch in anderer Beziehung stand die Konferenz nicht auf der Höhe der Gleichberechtigung. Die Russen nämlich sollten erst nachher drankommen. Vorher wollten die Nichtrussen unter sich sein. Und so bildeten sich von Anfang ab zwei Lager: die Russen, die Nichtrussen.

Und nun, was wollten die Rostawiter und was wollten sie nicht? Zunächst — und das war ihnen die Hauptsache — wollten sie Geld und zwar nicht weniger als 324 Millionen Goldmark (1050 für das Transportwesen, 920 für Landwirtschaft, 750 für den Wiederaufbau der Industrie, 500 für Handels- und Bankkredite).

Und was wollten sie nicht? Vor allem einmal nicht die Vorkriegsschulden glatt anerkennen — und daran hatte das tiefverschuldete Frankreich (das allein Amerika 24 Milliarden Dollars zahlen soll) das allergrößte Interesse. Sie wollten auch nicht dem westeuropäischen „Eigentumsbegriff“ zustimmen. Für die Sowjetmänner gibt es nur einen „Staatskapitalismus“, jedenfalls die Nationalisierung der Bodenschätze, des Transportwesens und der lebenswichtigen Großindustrie. Endlich weigerten sie sich, das „nationalisierte“, auf deutsch: geraubte Eigentum der Ausländer zurückzugeben. Im günstigsten Falle wären sie bereit, ihnen eine Entschädigung zu zahlen. Und bezüglich der Bodenschätze (z. B. das Erdöl) war man in Rostau zu Wirtschaftszuständen bereit. Die waren aber so heikel, daß sie keine Anziehungskraft auf die Ausländer auszuüben vermochten.

Kurz: man wurde eben nicht handelsmäßig. Nicht in den drei Unterkommissionen (für Kredite, Schulden und Eigentum), vollends nicht in der Vollkommission. Die Nichtrussen warfen dem Gegner „unvorstellbare Haltung“ vor, Litwinoff erwiderte, daß nur die Nichtrussen an dem Mißlingen der Konferenz schuld seien; diese wieder meinten, sie würden die Lüge nicht ganz zusehen. Nur müßten die Herren von Rostau „neue Tatsachen und neue Vorschläge“ mitteilen. Litwinoff darauf: Die Russen hätten keine neuen Vorschläge zu machen. Man machte sich noch einige gegenseitige Vorwürfe wegen der einseitigen Berichterstattung in der Presse.

Und damit Schluß! Am 15. Juli reisten die Russen ab. Ohne Geld. Was wird man dazu in Rostau sagen? Ausland braucht Geld und zwar umgehend, sonst geht es unerbittlich zugrunde. Geld aber wird es nur bekommen, wenn es seinen Eigentumsbegriff aufgibt. Letzteres aber

bedeutet sich selbst aufgeben. Denn der Bolschewismus strebt und fällt mit seinem kommunistischen Glaubenssatz. — Es ist ein einziger Ausweg möglich. Die Deutschen und die Italiener haben ihn bereits beschritten: nämlich den der Einzelverträge. W. H.

Der Zahlungsausschub eine Strafmaßnahme

Die Sanktion wird fester gezogen

Wie vorausgesehen war, weigert sich Frankreich, dem Zahlungsausschub an Deutschland zuzustimmen, wenn nicht vorher die „abfällige Verurteilung“ des Reichs festgestellt würde, die seine Zahlungsunfähigkeit herbeigeführt habe, und wenn nicht alle für den Zinsendienst der inneren deutschen Anleihen bestimmten Beträge für die Kriegsschuldung nutzbar gemacht wären. Poincaré hat den französischen Vorsitzenden der Entschädigungskommission, Dubois, ausdrücklich angewiesen, die Zahlungsfähigkeit Deutschlands von Zeit zu Zeit feststellen zu lassen, ob nämlich alle Einnahmequellen Deutschlands, besonders die für den Zinsdienst der inneren Schuld bestimmten Summen vorzugsweise für die Kriegsschuldung verwendet würden.

Frankreich stellt sich also auf den Standpunkt, daß der Zahlungsausschub nicht gewährt werden dürfe, solange Deutschland nicht seine letzten Zahlungsmittel an den Feindverband geopfert habe, und dazu gehören, wie Poincaré schon früher wiederholt in der französischen Kammer gesagt hat, auch die Verzinsungsmittel für die inneren deutschen Anleihen. Selbstverständlich würde die Einstellung der Verzinsung d. h. der innere Staatsbankrott des Reichs den vollständigen wirtschaftlichen Zusammenbruch zur Folge haben; denn darüber darf man sich keinem Zweifel hingeben, daß mit der Anleihezinosen auch die Rentenzahlungen aufhören würden, selbst wenn Frankreich diese nicht auch noch ausdrücklich für verfallen erklärte. So gut Poincaré für die Entschädigungskommission die Sanktionen einfordert, kann er auch die Rentenzinosen in Anspruch nehmen, die ja nur eine andere Form der Sparanlagen sind. Solange aber Deutschland diese seine äußersten und letzten Mittel nicht für seine Kriegsschuldungen aufwendet, sagt der Gemütskrank Mensch Poincaré, beruht jede Zahlungsunfähigkeit Deutschlands auf einer „abfälligen Verurteilung“. Liegt aber abfällige Verurteilung vor, so gibt der Friedensvertrag das Recht, gegen Deutschland mit Strafmaßnahmen oder „Sanktionen“, wie die französische Abkürzung sie nennt, vorzugehen. Entschließt sich aber Frankreich trotzdem großmütig, wie es nun einmal ist, und auf das entschiedene Drängen der schwergeschädigten anderen Verbündeten in den Zahlungsausschub einzustimmen, so ist es nicht mehr als billig, als daß dieses arme Frankreich dafür anderweitig entsprechende Entschädigungen und Pfänder erhält. Daß diese Pfänder in dem linksrheinischen Gebiet und in der Ruhrindustrie bestehen, wissen wir ja zur Genüge. Und daß daneben die Sachlieferungen und Arbeitsleistungen nach dem Wiesbadener Abkommen in erhöhtem Maß betrieben werden sollen, versteht sich von selber. Der Strafzuschub nimmt alle in dieser Gestalt, wie Bertinog im „Echo de Paris“ selbst feststellt, die Form einer Strafmaßnahme an.

Sollten die Verbündeten aber nicht auf den Plan Poincarés eingehen, so will Frankreich für sich vorgehen. Die Begegnung zwischen Lord George und Poincaré wird denn auch von französischer Seite an die Bedingung geknüpft, daß vorher eine (geheime) Verständigung über die Absichten Frankreichs erfolgt wird. Die französische Regierung hat bereits der Reichsregierung „vorgeschlagen“, mit dem nachträglich veränderten — Wiesbadener Abkommen am 20. Juli zu beginnen. Natürlich weiß man in Frankreich, daß das sich jetzt nicht so schnell bewerkstelligen läßt, und der „Paris Posten“ spricht es auch offen aus, aber man will die verlorenen Zeit einholen und — den bösen Willen Deutschlands nachweisen. Frankreich will also die 950 Millionen Goldmark in Sachlieferungen, von denen man bisher nur für 5 Millionen hat bezogen hat, im Lauf des Jahres 1922 einzutreiben.

Die Reichsregierung erklärte nun aber den Verhandlungen in einer Note, Deutschland sei nicht mehr in der Lage, die Zahlungen für das Ausgleichsverfahren zu leisten; die jährlich 600 Millionen Goldmark oder nach dem heutigen Kurs 66 Millionen Papiermark erfordern. Die Reichsregierung beantragt ferner, wenn eine Pariser Korrespondenz recht berichtet, die Jahreszahlungen von bisher 2 Millionen Pfund (40 Millionen Goldmark) auf 0,5 Million überhaupt herabzusetzen, sie aber bis einschließlich 1924 einzustellen. — Frankreich dagegen will das französische-deutsche Abkommen vom Juni 1921 kündigen, nach dem ein Teil der für das Ausgleichsverfahren bestimmten Summe durch den Verkauf des Reichs in Frankreich herbeigeholt werden soll. Frankreich will ferner, daß von Verbänden wegen Deutschland verboten werden soll, seine Staatsangehörigen für ihre Verluste im Ausland zu entschädigen, solange die Forderungen der Verbündeten im Ausgleichsverfahren nicht erfüllt seien. Endlich fordert Frankreich die Aufhebung des deutschen Gesetzes,

wonach das Reich die Verluste ersetzt, die der Kurssturz der Mark deutschen Staatsangehörigen verursacht, solange das Reich Schulden aus der Kriegszeit zu bezahlen hat.

Wojciech Korfanty

Der neue Lenker Polens.

Ein alter Deutsch-Oberschlesier schreibt mir: In den schweren Schicksalschlägen, die auf das vielgeprüfte Deutschland niederregnen, gehört auch der Aufstieg Wojciech Korfantis zum Ministerpräsidenten Polens. Dem Protest des Staatsoberhaupts Pilsudski gegen diese merkwürdige Wahl des polnischen Reichstags (219 gegen 208 Stimmen) kann man sich vom deutschen Standpunkt nur anschließen, freilich aus Gründen, die nicht in der inneren Politik Polens, sondern im Charakter und in der persönlichen Gefährlichkeit dieses Deutschenfeinds liegen. Was wir nach dem Krieg blutenden Herzens in Oberschlesien erlebt haben, die Zerreißung in zwei feindliche Völker, die sich nicht mehr verstehen, das ist zum allergrößten Teil das Werk, das Korfanty in mehr als 20jähriger Heft- und Wählerarbeit aufgebaut hat.

Als Sohn eines Bergmanns ergriff einst der junge Korfanty die Feder, um die polnische Masse auf den Kohlenfeldern im äußersten Südwesten Schlesiens zum Kampf gegen die verhassten Deutschen zu führen. Die polnischen Bergleute ließen ihm in hellen Haufen zu. Die preussischen Behörden, die hohe Geistlichkeit in Breslau sahen auf einmal mit einem Gemisch von Staunen und Beklemmung, daß das polnische Volk national interessiert wurde. Es war für die Deutschen in Schlesiens ein böses Erwachen aus einem langen schönen Traume, daß die „Wasserpöbeln“ gegen die polnische Bewegung unempfindlich wären. Durch die planmäßige Heranbildung einer wenn auch dünnen Schicht von Gebildeten polnischer Abstammung hatte die großpolnische Wählerlei auch auf den Besitzungen der Fürsten Neß und Ratibor, der Händel-Donnersmarkt und des Grafen Wollstein festen Fuß gefaßt. Und in dem Bergmannsohn Korfanty fand sie den rechten Führer, der sie in dem Deutschen nicht nur den nationalen Gegner sondern auch den „Ausbeuter“ leben ließ. Die Wahlen des Jahres 1898 hatten noch so gut wie gar keine polnischen Stimmen im Regierungsbezirk Oppeln gesehen; 1903 gaben 44 000 Wähler polnische Stimmzettel ab, 1907 115 000. Also eine Aufwärtsentwicklung einer Partei, wie sie in Deutschland ohne Beispiel da steht. Als erster Abgeordneter der ober-schlesischen Polen zog Korfanty im Jahr 1903 in den Reichstag ein. Die Wahlen des Jahres 1907 sahen dann den größten Triumph der „Wasserpöbeln“, die 115 000 Stimmen aufbrachten und 5 Abgeordnete in den deutschen Reichstag schickten. 1908 wurde Korfanty auch in das preussische Abgeordnetenhaus gewählt. Bei den Reichstagswahlen des Jahres 1912 verstand er zwar in der Berichterung über er wählte unierirdisch weiter.

Dann kam der Krieg, und es fiel manchem auf, daß Korfanty plötzlich eine ungeheure Liebe für die deutsche Sache zeigte. Er ersuchte das Wolffsbureau, ihm jede wichtige Siegesnachricht sofort direkt und persönlich zuzusprechen. Polen fürzte sich damals mit Begeisterung in den Kampf auf Seiten der Mittelmächte, von denen es keine Befreiung vom Jarenjoch erhoffte. Als der deutsche Rohr seine Schuldigkeit getan hatte, schlug sich Korfanty wieder auf die andere Seite. Er wurde der Pulchrität des ober-schlesischen Bürgerkriegs, legte die polnische Einflüsse ins Werk und baute sich seinen Festungsturm im Hotel Romny zu Weithen. Von diesem Fuchsbau ging dann alles Unglück aus. Korfanty wurde zwar als der von ihm entfachte Aufstand im Mai vorigen Jahres losbrach, von der Orientie seines Postens als Vorkommissschlichter entlassen, aber das hat ihm nichts geschadet. Die Wondwodenwürde (Gouverneur oder Präsident) über den polnisch gewordenen Teil Oberschlesiens lehnte er kürzlich großmütig ab. Er sah ein anderes höheres Ziel vor sich und dieses hat er jetzt erreicht. Wiesol Unheil wird er nun wieder anrichten!

Deutscher Reichstag

Die Zwangsanleihe

Schluß. Berlin, 18. Juli.

In der gestrigen Sitzung ging man dann zur zweiten Beratung des Gesetzentwurfs über die Zwangsanleihe über.

Abg. Dr. Heitertich (Duis.) erkennt an, daß die Regierungsvorlage im Ausschuss eine wesentliche Verbesserung erfahren habe. Die grundsätzlichen Bedenken seiner Freunde gegen das Gesetz beständen jedoch fort. Die ungeheure Belastung der deutschen Wirtschaft mit 70 Milliarden sei in der jetzigen Zeit der Geldknappheit unerträglich. Tatsächlich bestünde eine Geldknappheit. Die deutschen Aktienkurse haben seit November vorigen Jahres das Steigen des Dollars nicht mehr mitmachen können. Die neuen Aktien können gar nicht untergebracht werden. Industrie und Landwirtschaft haben

LOYD

ungen

ungen

ungen

ungen

ungen

ungen

ungen

ungen

ungen

ungen

ungen

ungen

ungen

ungen

ungen

ungen

ungen

ungen

ungen

ungen

ungen

Die größten Schwierigkeiten, sich die nötigen Vermögensgegenstände zu verschaffen. Nur die Aufhebung des Depotszwangs und die Wiederherstellung des Bankgeheimnisses können der Rotenhamsterei ein Ende machen. Bei der letzten Valuta löste das Ausland unsere größten wirtschaftlichen Unternehmungen für ein Butterbrot kaufen. Das könne auch für die deutsche Arbeiterschaft sehr gefährlich werden. Diese Gefahr werde außerordentlich gesteigert durch eine Zwangsanleihe. Darum sollte man es zunächst auf dem Weg der Freiwilligkeit versuchen. Durch die Zwangsanleihe würden von dem deutschen Vermögen weitere wertvolle Stücke dem Voloch „Entschädigung“ in den Rachen geworfen. Es ist gut, daß die Regierung bei dem hohen Stand des Dollars jetzt keine weiteren Devisen kauft. Minister Rathenau hat in der letzten Unterredung, die er vor der entscheidenden Tat mit mir hatte, mir bestätigt, daß dieser unser Vorschlag richtig war. Wir haben unsere eigene Zahlungsfähigkeit überschätzt. Wir wünschen eine gründliche Aussprache über die Abänderung des Entschädigungsprogramms im auswärtigen Ausschuss. Gegen die Zwangsanleihe müssen wir stimmen. Die neue Vorlage zum Einkommen- und zum Erbschaftsteuergesetz werden wir annehmen.

Abg. Seyer (Unabh.): Die sozialistische Arbeitsgemeinschaft beantragt als Ertrag der Zwangsanleihe eine Milliarde Goldmark und mindestens 80 Milliarden Papiermark, ferner eine Herabsetzung der Zinsen bis zu den Sätzen der Regierungsvorlage. **Abg. Häfelin (Komm.)** will den Ertrag auf eine Milliarde Goldmark bzw. 100 Milliarden Papiermark erhöhen und ebenfalls den Zinssatz herabgesetzt wissen. **Abg. Curtius (D.D.P.)** lehnt eine Erhöhung des Ertrags über 60 Milliarden Papiermark hinaus ab. Die Zwangsanleihe dürfe nur zur Finanzierung der Entschädigungsgesellschaften dienen.

Die Vorlage wird darauf in der Ausschussfassung angenommen mit der Aenderung, daß die Grenzen des zeichnungs-pflichtigen Vermögens, bei welchem Abzüge für Kinder zulässig sind, von 5 auf 3 Millionen herabgesetzt werden. Das Zwangsanleihegesetz soll gleichzeitig mit den Novellen zum Erbschafts- und Einkommensteuergesetz in Kraft treten. Diese werden hierauf in 3. Lesung und ebenso das Zwangsanleihegesetz gemäß den Beschlüssen der 2. Lesung angenommen.

Der Gesetzentwurf, der der Reichsregierung zur Durchführung des Schutzes der Republik 75 Millionen Mark in die Hand gibt, wird einem Ausschuss überwiesen.

In zweiter Lesung wird der Gesetzentwurf zur Errichtung eines Reichskriminalpolizeiamts in Berlin angenommen, nachdem der bayerische Gesandte von Preger namens der bayerischen Regierung dagegen Einspruch erhoben und bayerische bürgerliche Abgeordnete dagegen gesprochen hatten.

Das Schußgesetz. Stürmische Sitzung

Die Sitzung am Dienstag beginnt um 10 Uhr. Das Schußverbotsgesetz wird ohne Aussprache in allen drei Lesungen angenommen, ebenso in dritter Beratung das Gesetz gegen die Kollage der Presse, dieses gegen wenige Stimmen der Deutschnationalen. Es folgt die dritte Beratung des Gesetzentwurfs zum Schutz der Republik.

Abg. Bazille (D.R.) wendet sich gegen das Gesetz. Der Reichsanwalt habe mit seiner Kampfanlage gegen rechts in einer Minute mehr gesagt, als er im ganzen Leben verantworten könne. Alle unheilvollen Folgen fallen auf sein Haupt. Wir haben seit Jahrzehnten in Deutschland ein monarchisch-nationales und ein republikanisch-internationales. Ohne die Ueberwindung dieses Gegensatzes ist der Wiederaufbau Deutschlands unmöglich. Das vorliegende Gesetz verhindert aber jede Versöhnung. In diesem sogenannten Gesetz zum Schutz der sogenannten deutschen Republik... (Stürmische Entrüstungsgedebungen links. Präsident Ebbe erhebt den Redner, die Stimmung im Hause nicht unendlich zu verschärfen.) Die deutsch-völkische Bewegung ist die notwendige Reaktion gegen den Internationalismus. Der deutsch-nationale Gedanke ist nicht durch Gewalttaten zu verwerflichen. Auch wir leben in der schwersten Sorge, daß sich solche Attentate wiederholen könnten. Auf einen Jurist des Abg. Löwenstein (U.S.P.) antwortet der Redner: Sie, lieber Freund aus dem Alten Testament, sollten ganz ruhig sein. (Lärm des Abg. Rühm (U.S.P.): Sie unverschämter Vamp. Präsident Ebbe ruft die Abg. Bazille und Rühm zur Ordnung.) Der Redner sucht unter stürmischer Heiterkeit der Linken aus dem Alten Testament nachzuweisen, daß die Juden den politischen Werd verherrlicht hätten, wie der Fall Judith beweise. (Die Sozialdemokraten verlassen den Saal.) Der Redner richtet heftige persönliche Angriffe gegen den Reichsanwalt. (Erneuter Entrüstungsturm.)

Abg. Reil (Soz.): Der Abg. Bazille ist besonders be-rufen, hier gegen internationale Bestimmung zu wehren und seine deutsch-völkische Auffassung zu betonen. Ich würde ihm nicht zum Vorwurf, daß er französischer Abstammung ist, daß er sich als württembergischer Staatsbeamter jedes Jahr regelmäßig beurlauben ließ zu Reisen in Frankreich und zum Studium an der Universität Grenoble. Als der Krieg ausbrach, wurde er Zivilgouverneur in der belgischen Provinz Limburg. Dort hat er während des ganzen Krieges neben seinem Beamtengehalt eine Tageszulage von 40 M bezogen. Dafür hat er das E. R. 2. Kl. und den württ. Hausorden bekommen. Er hat sich tapfer verjüngt mit Nahrungsmitteln, die für die Truppen draußen im Felde bestimmt waren. (Lärm bei den Kommunisten und U.S.P.: Clappenschwein.) Im Dezember 1918 kehrte der Abg. Bazille zurück, ließ sich zum Abgeordneten wählen und meldete sich zum Wiedereintritt in sein württembergisches Amt für den 1. 2. 19. Er tat zwar keinen Dienst, aber er erhielt sein Gehalt. Erst nach-träglich kam heraus, daß er noch in derselben Zeit das Gehalt von der belgischen Zivilverwaltung bezog, ohne daß er davon seiner vorgelegten Dienstbehörde Kenntnis gab. (Hört, hört, links) Ich nenne den Abg. Bazille einen Betrüger. Präsident Ebbe rügt diesen Ausdruck. Dann nenne ich seine Handlungen Betrug. (Dehnlache Zustimmung links). Die Alten über diesen Fall sind merkwürdigerweise bei der belgischen Zivil-verwaltung verschwunden und Herr Gewalt hat auch diese Beträge Herrn Bazille als Sonderzulage nachträglich bewil-ligt. (Hört, hört, links).

Präsident Ebbe bedauert, daß die Ausführungen des Abg. Bazille eine so unqualifizierte Aussprache hervorgerufen haben. **Abg. Fehrenbach (Ztr.):** Die aufreizenden und ver-gifteten Ausführungen Bazilles verdienen eine kurze und

entschiedene Zurückweisung. Willigen Sie (nach rechts) diese Rede? (Abg. Graf Westarp: Jambohl! Stürmische Ent-rüstungsgedebungen bei der Mehrheit). Das deutsche Volk wird dafür kein Verständnis haben. Es wird auch in Ihren Reihen manden geben, die mit einer solchen vergiftenden Rede nichts zu tun haben will. (Widerpruch bei den D.R.).

Abg. Eminger (D.P.P.) begründet nochmals die ab-lehrende Stellung seiner Fraktion zu der Vorlage.

Abg. Straßmann (D.P.P.) wendet sich scharf gegen die Rede Bazilles, die nur geeignet sei, die Leidenschaften zu schüren. Mit der Vorlage in der Ausschussfassung sind wir einverstanden. Immerhin ist das Gesetz ein empfindlicher Eingriff in die bürgerliche Freiheit und wir werden alle dafür sorgen müssen, daß bei der Durchführung nicht schlanos und parteilich vorgegangen wird. Die Mehrheit meines Freunds wird der Vorlage zustimmen.

Abg. Eisenberger (Soz.) erklärt, das Gesetz habe einen Angriff auf die Justizhoheit der Länder,

Was uns der Friedensvertrag kostet

Die Reichstagsabgeordneten Quast und Kuntel haben fol-gende Anfrage an die Reichsregierung gerichtet:

Nach einer Zeitungsmittteilung hat der Oberste Rat die Höchstkosten für die einzelnen Besetzungsarmeen festgesetzt. Danach dürfen jährlich die franz. Armee 440 Mill. Fran-ken, die belgische Armee 102 Millionen Franken und die englische Armee zwei Millionen Pfund Sterling verbrauchen. Das sind noch dem jetzigen Kursstand etwa 25 Milliar-den Mark. 1. Trifft diese Zeitungsmittteilung zu? 2. Stellen die 25 Milliarden die Gesamtkosten dar, die aus der Besetzung erwachsen? 3. Von welchem Zeitpunkt an gilt diese Berechnung?

Eine fernere Zeitungsmeldung belagt folgendes: Das Echo National veröffentlicht heute die Summen, die Deutsch-land bisher an die Verbündeten zahlte: Deutsche Besetzungen im Ausland, die von den Verbündeten beschlagnahmt wurden, 11,7 Milliarden. Wert der deutschen Flotte 5,7 Milliar-den. Besetzungen des Reichs in den abgetretenen Gebieten 6,5 Milliarden, ausgeliefertes Eisenbahnmateriale 2 Milliar-den, andre nicht militärische Zahlungen 5,8 Milliarden. Ver-lust der Rechte Deutschlands gegenüber alliierten Schülern 7 Milliarden, der Wert der Saarbergwerke 1,1 Milliarde, Kohlenlieferungen 1,3 Milliarden, andre Kosten 3,2 Milliar-den, im ganzen 45,6 Milliarden. Hierzu muß man noch 100 Milliarden zulegen als Gegenwert der Gebiete, die in West-preußen und Oberschlesien verloren wurden. Diese 145,6 Milliarden stellen mehr als ein Drittel des gesamten deut-schen Vermögens dar.

Kleine politische Nachrichten.

Das Ende der Rathenau-Mörder

Halle a. S., 18. Juli. Am Sonntag abend meldeten zwei Fertentouristen, die an der Burg Saale a bei Bad Kösen vorübergekommen waren, der Polizei in Halle, daß sie im Turm der Burg Licht bemerkt hätten; nach ihrer Feststellung mußten sich dort die Mörder Rathenaus aufhalten, obgleich der Schriftsteller Dr. Stein, der auf der Burg ein Ein-schließlerleben führt, verrückt sei. Kriminalbeamte aus Halle begaben sich sofort nach Bad Kösen und versuchten am Mon-tag in den verschlossenen Turm einzudringen. Es wurden Verstärkungen herbeigeholt. Während dessen erschienen die beiden Insassen an der Brühung vor dem Turm, winkten einem vorbeifahrenden Zug zu und brachten ein Hoch auf Erhardt, den bekannten Kommandeur der Salikum-brigade Erhardt, aus. Als die Verstärkungen abends 7 Uhr eintrafen und die Turmtüre mit Ketten eingeschlossen hatten, fand man die beiden mit Kopfschüssen tot auf. Sie hatten sich selbst erschossen. Beide trugen die Kleidung, die in den Stadtbriefen angegeben war.

Als die Polizisten die Treppe hinaufführten, riefen ihnen die Furchlinge entgegen: „Ihr Feiglinge!“ Gleich darauf vernahm man zwei Schüsse.

Berlin, 18. Juli. Nach dem „Lokal-Anwalt“ ist Dr. Stein ein Mann, der sich besonders durch seine Verdienste um die Pflege des deutschen Bürgertums einen her-vorragenden Namen gemacht hat. Er ist Anhänger der Deutsch-Nationalen und bestreitet entschieden, von dem Aufenthalt der beiden etwas gewußt zu haben, mit denen er nie etwas zu tun gehabt habe. Er wurde heute früh mit seiner Frau zur Staatsanwaltschaft nach Raumburg berufen, wo er heute mittag noch weilte.

Das „Berliner Tageblatt“ meldet, wenn die Entdeckung des Schlafwinkels der Mörder Rathenaus nur einige Stun-den später erfolgt wäre, so würden sie wieder entfliehen sein, denn sie hatten bereits durch Telephon Fühluna mit München angenommen und von dort waren schon mehrere Helfer mit Geld und falschen Pässen unterwegs. Diese soll-ten auch andere Kleiduna bringen und sodann beide, aber getrennt, über die schweizerische Grenze bringen.

Dr. Simons Reichsgerichtspräsident

Berlin, 18. Juli. Der Reichsrat hat dem Vorschlag der Reichsregierung, den früheren Außenminister Dr. Simons zum Reichsgerichtspräsidenten zu ernennen, zugestimmt. Simons war, bevor er Rechtsbeirat einer rheinischen Indu-strie-Gruppe wurde, im Justizdienst tätig. Er wurde bekannt durch seine Reise nach London, von wo er das Ultimatum mitbrachte. Der neue Präsident ist jetzt 60 Jahre alt. Er genießt den Ruf eines tüchtigen Juristen.

Untersuchungsausschuss für die Reichswehr

Berlin, 18. Juli. Die demokratische Fraktion hat im Reichstag auf Anregung des Reichswehrministers Geßler den Antrag eingebracht, einen Ausschuss zur Untersuchung der von sozialistischer Seite gegen die Reichswehr erhobenen Anschuldigungen einzusetzen.

Die Umgruppierung der Parteien

Berlin, 18. Juli. Die Frage der Vereinigung der Fraktionen der Sozialdemokraten und Unab-hängigen wird während der Reichstagsferien weiter be-

handelt werden. Die Bildung der bürgerlichen Arbeits-gemeinschaft ist noch nicht weitergekommen. Der frühere Mi-nisterpräsident Seeger war befürwortet in seinem Blatt „Der Deutsche die Einbeziehung der Deutschnationalen Volkspartei in die Arbeitsgemeinschaft. (Die Sozialdemokraten sollen, um die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft zu verhindern, nach Berliner Blättern mit dem Austritt aus der Koalition gedroht haben.)

Vertagung der Koalitionsänderung.

Berlin, 18. Juli. Die Sozialdemokraten und Unabhängi-gen haben mit Zustimmung der Gewerkschaften sich damit einverstanden erklärt, die Regierungserweiterung durch den Beitritt der Unabhängigen bis zum Wiederauftritt des Reichstags im Oktober zu vertagen. Die sozialdemokratische Fraktion lehnte die Erweiterung der Koalition nach rechts (durch die Deutsche Volkspartei) mit allen gegen 3 stim-men ab. Vom Reichsanwalt und vom Reichspräsidenten soll den beiden Parteien zu bedenken gegeben worden sein, daß eine Reichstagsauflösung in gegenwärtiger Zeit nicht nur dem Ausland gegenüber zu Schwierigkeiten führen, son-dern auch einen weiteren Marktfurz verursachen müßte, der das wirtschaftliche Leben schwer schädigen würde.

Waffenfund

Berlin, 18. Juli. Wie der „Vorwärts“ mitteilt, fanden Vertrauensmänner der Sozialdemokratischen Partei in der früheren Kaserne der „Gardes du Corps“ rund 200 Hand-granaten, 1000 Tornister, 1000 Seitengewehre und andere militärische Gegenstände.

Zeitungserbot

Berlin, 18. Juli. Die Deutschnationalen Wochenchrift „Nordwest“ in Kiel ist auf 6 Monate verboten worden. Die „Magdeburger Zeitung“ hat gegen ihr Verbot Be-schwerde eingelegt; das Verbot wurde aufgehoben.

Kleinriegel

Berlin, 18. Juli. Nachträglich wird durch eine Meldung des „Berl. Lokal-Anwalt“ bekannt, daß am 4. Juli ein Haufen Menschen die Verbindungsstelle der Heeres-Treue-Kommission in Düsseldorf stürmte und die Beamten miß-handelte, die Mitglieder der „Orgel- und Konstantin-“ seien, die Erzberger und Rathenau ermordet hätten.

Im Untersuchungsgefängnis in Darmstadt hat sich der Steinbrucharbeiter Kindinger, der sich an den Aus-schreitungen und namentlich an den Mißhandlungen des Abg. Dingeldey hervorragend beteiligt hatte, erhängt.

Der deutschnationalen Reichstagsabgeordnete Kiese-berg-Duedlinburg wurde am Samstag in Berlin auf offe-ner Straße überfallen und schwer mißhandelt. Nach-mittags erschien er trotzdem im Reichstag, erlitt aber dort einen Ohnmachtanfall.

Aus Stadt und Bezirk.

Moosb., den 19. Juli 1922.

Die Hundstage, denen wir jetzt bei Schneefälle entgegen-gehen, werden am 23. Juli beginnen und bis 23. August dauern. Sie sollen die heißeste Zeit im Jahr bringen. Dann muß sich aber noch manches ändern. Eine solche kalte Vor-hundstagezeit wie heute ist schon lange nicht mehr dagewe-sen; vielleicht hat der Wettermacher seine Arbeit versehen; mehr auf die Hundeshnauze eingestellt.

Der Nationalfeiertag. Die drei Regierungsparteien haben bekanntlich im Reichstag den Antrag eingebracht, den 11. August (Tag der Annahme der Weimarer Verfassung) zum Nationalfeiertag zu erklären. Die Deutsche Volkspartei hat nach der „Kreuzzeitg.“ den Gegenantrag gestellt, den 18. Janu-ar (Reichsgründung 1871) als Nationalfeiertag einzulegen.

Der Telegraphistenweilfret — eine Neuheit. In diesen Tagen findet bei allen größeren deutschen Telegraphenämtern ein Telegraphisten-Weilfret statt. Er hat u. a. den Zweck, die Telegraphenbeamten zur Entlastung eines Weilfreters an-zuwippen und ihre Telegraphierfertigkeit — sowohl was die Schnelligkeit als auch die Sicherheit des Arbeitens anbetrifft — zu erhöhen. Der jetzige Weilfret ist ein Vorläufer des in der Zeit vom 18.—21. August in Berlin stattfindenden dritten internationalen Telegraphisten-Weilfrets, bei dem sich die deutschen Telegraphenbeamten, die jetzt die höchsten Leistun-gen aufweisen werden, mit den besten Telegraphisten fast aller europäischen Länder auf dem Feld ihrer Berufstätigkeit messen werden.

Zur Preisbildung von Frühkartoffeln. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Die Württ. Landespreisstelle hat auf Grund der von ihr angestellten Erhebungen für die bevor-stehende Frühkartoffelernte Richtlinien für die Preisbestim-mung und -Beurteilung herausgegeben. Hiernach erachtet sie für Frühkartoffeln zunächst einen Erzeugerpreis in der Höhe von 300 bis 350 Mt. für einen Zentner frei Ver-ladestation des Erzeugers und im Kleinvertrieb auf einen Preis von 5 bis 6 Mt. für ein Pfund als angemessen. Die Preispanne soll ermögliehen, der Verschiedenheit in der Qua-lität Rechnung zu tragen. Die Landespreisstelle behält sich vor, gegebenenfalls die Richtlinien im weiteren Verlauf der Einernung der Frühkartoffeln zu ändern. Die Richtlinien sollen dazu dienen, einer etwaigen Preistreibererei entgegen-zuwirken. Die Ernteaussichten sind recht befriedigend.

Württemberg.

Landeseisenbahnrat. In den Landeseisenbahnrat Stutt-gart, der künftig in erster Linie berufen sein wird, bei der Vertretung der württ. Verkehrsbedürfnisse gegenüber dem Reichsverkehrsministerium mitzuwirken, sind als Vertreter von Industrie und Handel 8 Mitglieder und 8 Stellvertreter von den Handelskammern entsandt worden, darunter Fabrikant E. Sannwald-Calm. Des württ. Staatsministeriums, dem die Ernennung von 7 Mitgliedern zusteht, hat u. a. zum Mitglied des Landeseisenbahnrats Stuttgart den Squ-lik des Verbandes Württ. Industrieller, Dr. Krieger, zu Stellvertreter Emil Roth, W. b. L., in Reutlingen und Edgewerksbesitzer Commerell in Hohen a. d. E. ernannt.

Neuwahl. Bei der am letzten Sonntag hier stattgefun-denen Ortsvorsteherwahl wurde bei lebhafter Beteil-



Arbeits-
frühere
Blatt
Volks-
demokraten
zu verhindern,
der Koalition

Unabhängig-
ng durch den
Demokratische
n nach rechte
ggen 3. Juni
chpräsidenten
worden sein,
er Zeit nicht
n führen, son-
n müßte, der

Wochenchrift
worden.
Verbot Be-
den.

ine Meldung
4. Juli ein
Friedens-
Beamten mit-
konflikten"

girk.
Juli 1922.
ste entgegen-
s 23. August
ingen. Dann
den 18. Sa-
einzuweisen.

In diesen
aphenämern
den Zweck,
Wettstreit an-
wohl was die
ens anbetrifft
rüber des in
enden dritten
den sich die
sten Leistung-
graphien fast
Serulstättigkeit

in zufriedig-
stelle hat auf
für die bevor-
Preisbemes-
sch erachtet se
erpreis in
ner frei Ber-
e t a u f einen
emessen. Die
in der Qual-
ste behält sich
Verlauf der
le Richtlinien
rei entgegen-
edigend.

ahnrat Stutt-
wird, bei dem
egenüber dem
Vertreter von
Vertreter von
nter Fabrikant
nstitutium,
cht, hat u. a.
art den Spu-
r. Kneher, zu
entlungen und
ernannt.

nter Ratgefun-
hafter Beteil-

gung 278 gültige Stimmen abgegeben. Oberamtskassent
Kumulator von Balingen a. G. erhielt 159, Landwirt Gott-
lieb Reibter 117 Stimmen. Kumulator ist somit gewählt.

Waldbach, 17. Juli. Bei der kürzlich in der Kofenstadt
Niederholl DN Künzelsau vorgenommenen Ortsvorsteher-
wahl wurde Schütz und Beum. An. Ernst Zug in
Waldbach, gebürtig von Raolb, mit 294 von abgegebenen
533 Stimmen zum Stadtschulthei n gewählt.

Stuttgart, 18. Juli. Die Bezüge der Königin
Charlotte. Durch den neuen Staatshaushaltplan für
1922 soll die Rente der früheren Königin Charlotte, die selb-
ber vertragsmäßig 100 000 M im Jahr betragen hat, künfti-
gen wegen der inzwischen eingetretenen starken Geldentwer-
tung auf 300 000 M erhöht werden. Hierzu soll noch ein
Teuerungszulag in Höhe der den Beamtenmitten jeweils
zustehenden Teuerungszulagen, im vorliegenden Fall in Höhe
von 60 000 M kommen.

Stuttgart, 18. Juli. Todesfall. Der Vorstand der
Landesversicherungsanstalt, Präsident Eugen Friedel, ist
gestern im Alter von 66 Jahren gestorben. Bis November
1920 war er Regierungspräsident in Ulm. Friedel
war in Göttingen a. St. geboren und besuchte das Gym-
nasium in Ulm. Ein Grippeanfall verursachte bei ihm ein
langes Leiden, bis nun eine Herzlähmung dem arbeits-
reichen Leben ein Ende setzte.

Stuttgart, 18. Juli. Aus dem Parteileben. Der
jüngere Ausschuss der Württ. Bürgerpartei legt in einer Ent-
scheidung scharfe Vermehrung ein gegen die heuchlerische
und verlogene Hebe gegen die Demokratische Volkspartei,
deren Forderungen die Gewalttätigkeiten und Mordtaten seit dem
1. Juli seien. Der Ausschuss gibt der Entschiedenheit darüber
Ausdruck, daß die verfassungsmäßigen Grundrechte des
deutschen Volkes und insbesondere der Weimarer Verfassung durch
freiwirtschaftliche Maßnahmen aufgehoben werden
sollen, und er vertritt auf dem gesunden Sinn des deut-
schen Volkes, daß es die Unverletzlichkeit des gesetzlichen
Eigentums erkenne und die Anhebung von Freiheit und
Recht verdamme.

Die Ausstellung für Kirchengeräte und Kirchenmusik in
Stuttgart, die von Tag zu Tag eine steigende Besucherzahl
aufweist, ist gestern auch von Dr. von Kappeler besucht
worden.

Billige Rindern. Auf dem Großmarkt wurde heute ein
Wagen Rindern mit über 100 Zentner beschlaghaft, weil
der Händler keine Handelsberechtigung hatte. Das Rind-
ernt verkaufte die Rindern zu 3-5 M das Pfund.

Neuauflage, 18. Juli. Fortschritt. Unter Führung
von Professor Dr. Knudt-Jülich hatten 30 Schweizer
Forstmeister den Forstbezirk Langensbrand und Forst
niedrige Besuche ab, zuvor auch dem Bezirk Gaildorf, um
die erfolgreiche Bewirtschaftung und besonders die Natur-
erziehung zu studieren.

L. C. Balingen, 18. Juli. Gründung einer Be-
zugs- und Abfahrgenossenschaft. Durch den Land-
wirtsch. Bezirksverein Balingen ist am Sonntag unter Mit-
wirkung eines Vertreters des Landw. Hauptverbandes in
einer gut besuchten Versammlung und ohne Widerspruch eine
Bezugs- und Abfahrgenossenschaft gegründet worden. In
einer anschließenden sprach sich die Versammlung gegen das
in seiner jetzigen Form undurchführbare Ostpreußenlage-
recht aus u. forderte eine Herabsetzung des Umfanges min-
destens auf die vorjährige Höhe. Schließlich wurde auch
gegen die Vertagung des Landgerichtshofes für Volkmere
nach Hechingen Einspruch erhoben, da man Tübingen für
den politischen und natürlich gegebenen Gerichtsbezirk hält.

Ulm, 18. Juli. Hochwasser. Die über fließt ein Hoch-
wasser, wie es seit Jahren nicht mehr beobachtet worden ist.
Baumstämme, Telegraphenstangen u. a. werden ange-
schwemmt. Der Jernwald bei Wülfingen ist ein großer See.
Die Donauufer Lössen nicht mehr verkehren.

Wargah, 17. Juli. Sommerfeier. In einer
weide am Rind veranstalteten junge Radfahrer eine Samm-
lung, um eine Standard für den neu gegründeten Verein
anzuschaffen zu können. In kurzer Zeit brachten die Burden
70 Jhr. neu zusammen, die die Summe von über 25 000 M
ergaben. Auf Abschluß soll Fahnenweihe gehalten werden.

Waldsee, 17. Juli. Hochstapler. In Osterhofen
wurde ein angeblicher Antorichter Raier festgenommen, der
einem Manne 2 Tausendmarktscheine aus seiner Koffert
entwendet hat. Der Dieb entpuppte sich als ein geflüchter
Hochstapler.

Heilbronn, 18. Juli. Ein belährter Lebens-
retter. Der 19 Jahre alte Oskar Ebbinger, der sich in
eines der unter der Redarbrücke angelegten Bergnigungs-
boote geflüchtet hatte und darin schaukelte, fiel in den Redar
und wäre ertrunken, wenn nicht, durch seine Hilfskräfte auf-
merksam gemacht, der gerade von Heilbronn herkommende
70 Jahre alte Arbeiter Wilhelm Weber herbeigelaufen wäre
und den Knaben herausgezogen hätte.

Neustadt a. d. H., 18. Juli. Die Mehrheit des Stadtrats
hat den Antrag der Kommunisten, das dem Reichstagsabg.
heißerich feinerzeit verliehene Ehrenbürgerrecht zurück-
zugeben, und die von diesem der Stadt geschenkte Räte zu
rückzugeben, nicht in Erwägung gezogen.

Handelsnachrichten

Dollarkurs am 18. Juli: 482,10 Mark.
1000 österreichische Kronen = 14 Schweizer Franken.

Neuauflage von Reichsmünzen. In den deutschen Münzstätten
wurden im Juni geprägt für 1 224 604,15 M Fünfzigpfennigstücke
aus Eisen, für 3 461 268,40 M Fünfzigpfennigstücke aus Zink und
für 18 046 048,50 M Fünfzigpfennigstücke aus Aluminium.

Eisenbahnbeschlüsse. Nach einer Mitteilung des Deutschen
Handelsministeriums befindet sich eine eisenbahntechnische Kom-
mission gegenwärtig in Deutschland, um Vorschläge für Lokomotiven
und Motorwagen zu machen. Es sollen auch Janereinrichtungen für
Waggons gekauft werden. Bemerkenswert ist daneben der Um-
stand, daß die Reichseisenbahnverwaltung Oberbau-Material und
Weged in erheblichem Umfang im Ausland (namentlich in
Frankreich und Vöhringen) bestellt, weil die deutsche Erzeugung
so gering ist, daß eine prompte Belieferung der Reichseisenbahn
den größten Schwierigkeiten begegnet.

Neue Beschaffung des Weingeistes. Die Sächsischen Mühlen-
vereinigung hat den Preis für Weizenmehl Spezial 0 ab 18. Juli
mit 2 auf 3350 M die 100 Kilogramm erhöht.

Wierpreisrückgang. Der Schupferband der norddeutschen
Brauereien hat den Bierpreis um 50 v. H. erhöht; er beträgt für
Gastwirtschaften 1200 Liter für 100 Liter. Im Ausland wird das
Dreizehntelglas in Wirtschaften ohne Keller auf 8 M, in anderen
auf 9 M kommen.

Erhöhung der Weingeistpreise. Die Reichsmonopolverwaltung
hat beschlossen, den Verkaufspreis auf 180 M für ein Liter Weingeist
zu erhöhen. Der Preis für Weizenmehl wird vom 16.
August ab um 1000 M für 1 Hektoliter Weingeist erhöht.

Lebensmittelpreise in Wien. Am 17. Juli kosteten in Wien ein
Pfund Schweinefleisch 19 000 (bisher 7500) Kronen, Speck 12 500
(8800) Kr., Molk 1000 (700) Kr., das Rind, Eier 750 (750) Kr., das
Ei.

Die Stuttgarter Weisse verkehrte am 18. Juli bei kleinem Ge-
schäft lustlos und die Kursveränderungen waren ohne Belang.

Wannheimer Produktentwürfe vom 17. Juli. Verlangt wurden
für: Weizen 2350-2400 M, Gerste 2250-2300 M, Inland, Futter-
gerste 2100 M, Donaugerste 2200 M, die 100 Kg. frei Mannheim.
Die Inlandsforderungen für Roggen lauteten auf 1900, Hafer 2100
bis 2200 M, Futtermittel lagen weiter fest und kosteten Wertreber
Verität Mannheim 1850 M, Mele mit Soch ab sächsischer Mühle
1275 M die 100 Kg.

Markte

Schlachtlehmarkt Stuttgart, 18. Juli. Dem Dienstagmarkt am
Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 18 Ochsen, 20 Bullen,
170 Jungkälber, 161 Jungrinder, 213 Rinder, 272 Kälber, 305
Schweine, 27 Schafe, 2 Jiegen. Unverkauft blieben: 1 Bullen, 13
Rinder. Erloß wurden aus je 1 Zentner Lebendgewicht: Ochsen
1. M: 3200-3450 M, 2: 2650-3000 M, Bullen 1: 3000-3250
Mark, 2: 2400-2650 M, Jungrinder 1: 3350-3600 M, 2: 2750
bis 3050 M, 3: 2450-2650 M, Rinder 1: 2500-2850 M, 2: 1800
bis 2100 M, 3: 1300-1600 M, Kälber 1: 3000-3200 M, 2: 3000
bis 3300 M, 3: 3250-3350 M, Schweine 1: 6500-6800 M,
2: 6200-6350 M, 3: 5900-6150 M. Verlauf des Marktes:
mäßig belebt.

Hörselmarkt Ulm, 18. Juli. Bei folgenden Preisen brachte die
Versteigerungszentrale Ulm 8133 Ergschlachte und 5137 Kalb-
schlachte zum Verkauf. Erloß wurde für das Pfund bei Ochsenbäuten
bis 29 Pfund 77-81 M, von 30-49 Pfund 78-82 M, von 50 bis
59 Pfund 83-89 M, von 60-79 Pfund 83,13 bis 90 M, über 80
Pfund 83,15-88,05 M; bei Rinderbäuten bis 29 Pfund 86,50-88
Mark, von 30-49 Pfund 84,80-88 M, von 50-59 Pfund 88,05
bis 90 M, von 60-79 Pfund 88-89 M; bei Kalbbäuten von 33 bis
49 Pfund 84-87 M, von 50-59 Pfund 84,45-90,55 M, von 60
bis 79 Pfund 88,70-90,65 M, bei Ferkelbäuten bis 29 Pfund
83-84 M, von 30-49 Pfund 84-84,20 M, von 50-59 Pfund
81,55 bis 83,75 M, von 60-79 M 83,20 bis 86,20 M, über 80 Pfd.
71-72,80 M, bei Kalbfellen 130-145 M.

Wannheimer Pferdemarkt vom 17. Juli. Zugelassen waren 25
Wagen-, 205 Arbeits- und 66 Schlachtpferde. Bezahlt wurden je
Stück: Wagenpferde 30 000-40 000, Arbeitspferde 30 000-45 000,
Schlachtpferde 4000-16 000 M. Stimmung: Handel mit Wagen-
pferden mittelmäßig, mit Arbeits- und Schlachtpferden lebhaft.

Kollweil, 18. Juli. Dem Vieh- und Pferd-
markt waren zugeführt: 10 Ochsen, 129 Rinder, 205
Kälber, 4 Ferkel, 2 Jiegen, 17 Kälber unter einem Vierteljahr,
an ganzen 595 St. Bezahlt wurde für Rindfleisch pr. St. 48 000-
55 000 M, Jungochsen 60 000-85 000 M pro Paar, sog. Ansehlinge
15 000-45 000 M pro Paar, Rinder 30 000-35 000 M pro Stück,
Kälber 30 000-40 000 M pro Stück, Jungrinder 15 000-25 000 M,
Ferkelstücke 16 000-22 000 M, je pro Stück. Der Handel war im
Anfang sehr lebhaft, zum Schluß aber flau.

Kollweil, 18. Juli. Schweinemarkt. Auf dem Schweinemarkt,
der gut besahren war, wurden für das Paar Rindschweine 3200
bis 7900 M, für Ferkel bis 11 000 M bezahlt. Der Handel
war schleppend.

Leisingen, 18. Juli. Viehmarkt. Dem Viehmarkt wurden zu-
geführt: 8 Ochsen und Stiere, 36 Kälber und Jungochsen, 56 Rind-
schweine, Preis pro Stück 3000-4000 M. Handel flau.

L. C. Vöhringen, 18. Juli. Bei den hauptsächlichsten Vieh-
gerungen für Schafschlachte wurde ohne einseitigen Wunsch
nach Freiheit der Woll, nach Gehalt und Fleisch gehandelt. Wäh-
rend 1921 Durchschnittspreise von 1875-7880 M erzielt wurden, kom-
men heute auf wenigstens 4500 M bis höchsten 58 400 M. Rechnet
man alle 59 Durchschnitts zusammen, so ergibt sich für 1922 ein
Gesamtdurchschnitt von 15 230 M; das wäre also der diesjährige
Durchschnittspreis für einen deutschen Stammbock. Der teuerste
Bock kam in diesem Jahr auf 352 000 M; andere hohe Gebote
kamen auf 332 000 M, 310 000 M. Für 100 000-300 000 M
gingen etwa 30-40 Böcke weg. Auf jeder Versteigerung waren es
50-92 Böcke, meistens 50-60 Stück, die zum Verkauf standen. Der
Verkauf erfolgte fast überall glatt und vollständig. In erwarten sind
im nächsten Jahre in allen Hochschlachten große Verluste, denn
überall ist man bemüht, das Beste in Woll und Körper zu erzielen.

Allerlei

Marshall Haig, der Oberbefehlshaber des englischen
Heers im Krieg, wird seine frühere Stellung als Direktor der
Schnapsfabrik John Haig u. Co. wieder übernehmen.

1700 kleine Anfragen sind von den verschiedenen Par-
teien von Ende Juni 1920 bis Ende Juni 1922 im Reichstag
eingebracht worden. Jede Anfrage verursacht etwa 1000 M
Druckkosten.

Wertvoller Fund. Beim Bearbeiten eines Akers
in Weihenborn (Schwaben) mit einer Hackmaschine kam ein
wertvoller Brillantring zum Vorschein, den der frühere Guts-
besitzer vor vielen Jahren verloren hatte.

Brandschaden. Der durch Blitzschlag an dem bischöflichen
Seminar in Dillingen a. D. verursachte Schaden wird
auf insgesamt 154 Millionen Mark geschätzt. Außer dem
Seminar sind dem Feuer auch die Wirtschaftsgebäude mit
großen Vorräten, Maschinen usw. zum Opfer gefallen.

Bootsunglück. Am Sonntag nachmittag kenterte auf dem
Bodensee bei dem Dorf Hard (Bregenz) vor der Mündung
des hochaufgeschwollenen Rheins auf dem stürmisch bewegten
See ein Boot, in dem der Postbote Schneider von Bregenz
seine Braut und deren Bruder sich befanden. Alle drei sind
ertrunken. Schneider war bis 1920 in russischer Weimarer-
schaft.

Die Träger der Jostifikation. Die selbster von den Fran-
zosen benötigte Kaserne in Oppeln (Oberschlesien) wurde nach
dem Abzug dieser Helben in einem schauerhaften Zustand
angelassen. Türen waren eingeschlagen, Schemel, Tisch,
Dosen zertrümmert, Matrasen und Betten aufgeschritten,
Fenster eingeschlagen und alle Räume starrten von Schmutz.
Im Offizierskasino war ebenso gehandelt worden.

Brüdensinfur. Die Prohans-Brücke bei Sinola (Ru-
mänien) stürzte am Sonntag ein, als eben der Schneizug
nach Wien darüber fuhr. Zwei Personen sind tot, 24 verletzt.

Familiennachrichten

Gestorben: J. Fr. Dreyer, Kutscher, 82 Jahre,
Gallach; Wilh. Sallé, Schreinermeister, 77 J., Rottenburg.

Legte Drahtnachrichten.

Stuttgart, 18. Juli. Reichsverkehrsministerium
und Staatsvertrag. Nach einer Verfügung des Reichs-
verkehrsministers haben die Eisenbahngeneraldirektionen der
höheren Eisenbahnländer wie preussischen Eisenbahndirektionen
künftig die Bezeichnung „Reichsbahndirektion“ zu führen.
Damit hat das Reichsverkehrsministerium den entscheidenden
Schritt zur Degradierung und Herabdrückung unserer General-
direktion auf das Niveau der ehemals preussischen Direktionen
gemacht. Die Verfügung, die ohne Anhörung unserer Lan-
desregierung und Generaldirektion erlassen wurde, verliert
wegen Sinn und Geist des Staatsvertrages über die Über-
nahme der Eisenbahnen durch das Reich. Sie stellt eine Ver-
letzung des Schutzprotokolls des Vertrages dar. Es darf
erwartet werden, daß die württembergische Staatsregierung
in diese Verletzung nicht gefallen läßt und die berechtigten
Interessen Württembergs energisch wahrnimmt.

Unterstützung notleidender russischer Gelehrten.

Genf, 18. Juli. Dr. Ransen hat mit den Sowjetbehör-
den eine Vereinbarung zur Unterstützung der notleidenden
russischen Professoren und Lehrer getroffen, die vor allem die
regelmäßige Versorgung der hungernden Gelehrten mit Le-
bensmittelpaketen, die in Riga zusammengestellt werden, be-
zweckt. Es wurde eine Liste der besonders Bedürftigen auf-
gestellt, die zunächst die Versorgung von etwa 2000 Professoren
und Lehrern vorsieht. — Das Genfer Komitee weist in
seinem Appell auf die dringende Notwendigkeit hin, außer-
dem auch Bücher, wissenschaftliche Instrumente usw. für
die russischen Gelehrten zu sammeln, da hierzu die Not be-
sonders groß ist. Viele berühmte Gelehrte haben ihren Beifall,
darunter auch ihre Kinder und Bücher verkaufen müssen
und müssen jetzt mit ihrer Familie in einem einzigen Zim-
mer hausen.

Von der Zusammenkunft Lloyd George-Poincaré.

Paris, 18. Juli. Nach einer Meldung der Agence Havas
hat Poincaré gestern Abend die deutsche Regierung davon
in Kenntnis gesetzt, daß er nicht in der Lage sei, das Datum anzu-
geben, wann er mit Lloyd George in London zusamen-
treffen könne, bevor er Kenntnis von dem Bericht des Garantie-
ausschusses genommen habe, der wohl eine erste Probe Grundlage
für die geplante Besprechung über die Reparationen ab-
geben könne. Die dem britischen Geschäftsträger in Paris
übermittelte Note schließt daher, so heißt es in der Havas-
Mitteilung weiter, keineswegs die Möglichkeit eines Zusam-
mentreffens der beiden Staatsmänner, auf, das übrigens in
Paris, wie auch in London wünschenswert erscheint. Der
französische Ministerpräsident behalte sich nur vor, den Augen-
blick auszuwählen, den er für den günstigsten halte.

Verbotene Studententagung.

Frankfurt a. M., 18. Juli. Das Oberpräsidium für
Ost- und Westfalen teilt mit: Die von den auf antikemistischer
Grundlage stehenden Gruppen der deutschen und österreichi-
schen Studentenschaft für Ende Juli nach Würzburg einbe-
rufene Studententagung wird hiermit auf Grund des allge-
meinen Landesrechts und auf Grund der Verordnung des
Reichspräsidenten zum Schutze der Republik verboten.

Legte Kurzmeldungen.

Der französische Kolonialminister Sarraut ist heute nach
Rhein abgereist.
Nach einer Havasmeldung aus Washington haben 25 000
Eisenbahnarbeiter ohne Ermächtigung ihrer Organisationen die
Arbeit eingestellt. Die Unruhen dauern an.
Poincaré empfing gestern Nachmittag den General Rollet,
den Vorsitzenden der internationalen Kontrollkommissionen in
Berlin.

Die beiden Irländer Dunn und O'Sullivan wurden wegen
Er mordung des Feldmarschalls Wilson zum Tode
verurteilt.

Nach dem Ergebnis neuerer Besprechungen, die der Reichs-
kanzler auf Wunsch des Reichspräsidenten mit den Fraktions-
führern hatte, dürfte die Neuwahl des Reichspräsidenten für
September oder Januar zu erwarten sein.

Die Reichsregierung hat die Forderung Frankreichs an-
genommen, daß das Wiesbadener Abkommen vom 6. Oktober
1921 mit der Abänderung (Ruppel-Gillet) vom 15. März und
3. Juni 1922 am 20. Juli d. J. zur Anwendung gelange. Es
gilt darnach für die Sachlieferungen, soweit sie nicht für den
Wiederaufbau der zerstörten Gebiete bestimmt sind, der freie
Verkehr.

Der Garantenausschuss ist heute nach Paris zurückgekehrt.
„Vest Parisien“ meint, Frankreich werde im Lauf des
Jahres 1922 nicht mehr in der Lage sein, für 250 Millionen
Goldmark Sachlieferungen anzunehmen, sondern höchstens
für 200 Millionen. — Heute so, morgen anders.

Die Abneigung Poincarés, mit Lloyd George zusamen-
zukommen, bevor seine Pläne gesichert sind, hat in London
anscheinend verstimmt, denn in England sieht man die Lage
immer bedrohlicher werden.

Dem General Berenguet, der wegen der Mißerfolge in
Marokko sich in Madrid zu verantworten hatte, sprach der
spanische Ministerpräsident das Vertrauen aus.

In Westvirginia (Vereinigten Staaten) ist es bereits zu
blutigen Zusammenstößen der streikenden Bergarbeiter mit
der Polizei gekommen. 25 Personen blieben tot, 40 wurden
verwundet.

Reißzeuge
In fast. genauester Ausführung
empfiehlt
G. W. Zaiser, Nagold.

Kriegsteilnehmer-Verein.
Morgen Donnerstag Abend
9 Uhr im „Pflug“ 119
bei Kammrad Nagol.

Stadtgemeinde Nagold.
Stockholz-Verkauf.

Am Donnerstag, 20. Juli nachmittags 8 Uhr kommen im Rathausaal aus District Winterhalde, Abt. Ganzemer Steig, vordere und mittlere Banne ca. 400 Rm.

aufbereitetes Nadelholz-Stockholz

zum Verkauf.

Zusammenkunft zum Vorzeigen **Mittwoch, 19. Juli, abends 6 Uhr** beim Schafhaus. Zu dem Verkauf werden nur Einwohner von Nagold zugelassen.

Städt. Forstverwaltung.

Molkereigenossenschaft Sulz OA. Nagold.
L. G. m. u. H.

Bilanz pro 31. Dez. 1921.

Aktiva.		Passiva.	
N.	3	N.	3
Rassenbestand	9 861.93	Geschäftsausgaben	548.—
Wert der Immobilien	7 000.—	Reservefonds	3 484.90
Wert der Gerätschaften u. Maschinen	4 000.—	Gewinnreserve	9 512.59
Wert des Mobiliars	100.—	Sonstiges	8 500.—
Darlehen	100.—	Reingewinn	116.44
Verbrauchsgegenstände	1 100.—		
	22 161.93		22 161.93

Mitglieder am 31. Dez. 1921: 248.
Eingetreten 13, ausgeschieden 4

Vorsteher:
Behler.

Rechner:
Dengler.

Die im letzten Winter im Gasthaus z. Rose in Nagold vorgeführten

Ideal-Doppeloch-Sparkocher,

welche infolge ihrer Zug nicht funktionieren, nehme ich zurück.

Offenangebote mit Preisangabe an Sohs. Pfingsttag, Neutlingen.

Mädchen-Gesuch.

In die Nähe Pforzheims wird ein fröhliches, fleißiges Mädchen

nicht unter 18 Jahren für Küche und Haushalt sofort oder in Kürze gesucht.

Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Bl. 170

Ein treuer Berater und treffliches Nachschlagebuch ist dem Landmann in allen Zweigen seines schweren Berufs:

„Der praktische Landwirt.“

Unter Mitwirkung hervorragender Fachleute neu bearbeitet von **Maier-Bode,** Oberstudientat der höheren Landwirtschaftsschule Nürnberg.



Ein wichtiges Buch für jeden Landwirt!
Mit ca. 900 Seiten Text, 600 Text-Abbildungen und mehreren farbigen Tafeln.
2. Auflage. — 13.— 24. Tausend.
Preis in 1/2 Leinwand gebunden Mk. 108.—
Vorrätig bei

G. W. Zaiser,
Buchhandlung Nagold.

Sulz.
Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns hiemit, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer

am **Donnerstag, den 20. Juli 1922**

stattfindenden Hochzeitsfeier in das Gasthaus zur „Uinde“ in Sulz freundlichst einzuladen.

Otto Röhm **Berta Proß**

Bäcker Tochter des
Sohn des Peter Röhm Friedr. Proß
Kofenwirt. Metzger.

Kirchgang 12 Uhr.

Wir bitten, dies statt jeder besonderen Einladung 199 entgegenzunehmen.

Gilangebot.

Heidelbeeren sowie Stachelbeeren, Himbeeren, Brombeeren zu kaufen gesucht.

Angebote mit Preis an die Geschäftsstelle ds. Bl.



ORION ÖL-GESELLSCHAFT
M. B. H.

STUTT GART

Telephon 9822-23 Tel.-Adr.: Orion

Orion Automobilöle

Orion Autogetriebefette

Orion Maschinenöle

verbürgen unbedingte Reinheit, Zuverlässigkeit und Sparsamkeit im Gebrauch

Benzin

für alle Verwendungszwecke

Tankanlage mit Gleisanschluß in Feuerbach

Vertretung für Nagold und angrenzende Oberämter sowie Niederlage bei

Alfred Reclam

Farnspr. 101. **NAGOLD.** 1992

Kleine

Anzeigen haben in dem im ganzen Bezirk und in den Nachbaroberämtern stark verbreiteten „Gesellschaftler“ anerkanntermaßen die

größte

Wirkung. Für Stellenangebote, Viehverkäufe, Versteigerungen usw. eignet sich der Gesellschaftler in hervorragender Weise.

Käse, Senf

Doppel- u. Weineßig

Zwiebel, Knoblauch
bei **Herm. Knodel.**



in allen Farben bei Löwen-Drogerie Nagold u. Ubbenaer, 2309

Der große Wand-Fahrplan

mit den Abfahrtszeiten ist neu erschienen bei **G. W. Zaiser, Nagold.**

Hautjucken

Anschiag, Krätz, Flechten heißt „Juda Salbe“ in wenigen Tagen mit sicherem Erfolg. Zahlr. Dankschreiben. Große Dose M. 30.—, kleine Dose M. 17.— 1825

Verfand durch die Maria-Apothek in Witterteich A 42 (Oberpfalz.)



Emmingen.

Einweihung des Kriegerdenkmals
am **Sonntag den 23. ds. Mts.**

Nachmittags 1 1/2 Uhr:

Aufstellung des Festzugs

am Ausgang des Orts der Wildbergerstraße und Zug desselben zum Rathaus zur Enthüllung des Denkmals.

Hiezu wird im Namen der bürgerlichen und kirchlichen Gemeinde und der Vereine eingeladen. 210

211 Nagold, 18. Juli 1922.



Danksagung.

Für die vielen Beweise der Liebe und Teilnahme, die wir während der Krankheit und beim Hinscheiden unserer l. Mutter, Schwieger- und Großmutter

Christine Hörmann geb. Hiller

Pläntlers Wwe.

erfahren durften, sagen wir unsern herzl. Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Größere Wand-Spiegel, Email- u. Blechgeschirre

sind eingetroffen bei **Hermann Knodel.** 215

Gemüsehdlg. Ziegler Nagold

Marktstraße 227

frische Ware eingetroffen:

Frühbirnen, Äpfel, Pfirsiche, Bohnen à 11 M., Johannisbeeren à 11 M., Heidelbeeren, sowie alle Sorten Käse, Gelberüben, Rhabarber, Rettiche, und Zwiebel.

Das Einmachen der Früchte

Eine Sammlung über 260 erprobte Hausrezepte zu M. 8.— vorrätig bei **Buchhandlg. Zaiser Nagold.**



Alle **Musik-Instrumente** für Haus und Orchester, von den einfachsten Schülern bis zu den feinsten Künstler-Instrumenten, alles Zubehör, Saiten usw. empfiehlt in reichster Auswahl **Musikhaus Carth, Pforzheim** Leopoldstr. 17

Arkaden Kleinalsch, Rodbrück. Reparaturen und Stimmen in eigener Werkstätte.



Radical-Vertilgungs-MITTEL gegen **RATTEN u. MÄUSE.**

unschädlich für Haustiere, sind zu haben bei **Löwen-Drogerie Nagold u. Ubbenaer, 2309**

Verkaufe mein 10 Jahre altes mittleres **Rassepferd,** (Schimmelstute), guter Einspanner, sowie eine 2 Jahre alte **Rothweiler-Hündin**

und ein 4 Monate alter **Rüde,** schöne Tiere, jedoch ohne Stammbaum. 202

Gustav Raaf, Fleischhauer b. Nagold. Bestellschein bei G. W. Zaiser.

Bezeichnet an jeder Seite...
Rr. 167
Englan
Der bei
vor dem R.
Konstantine
Kriegs befo
wenig Tru
länder und
schließlich
mit Recht a
ten. Von
englisch-fr
den „Reizg
Auf den
Waffenruhe
Eintritt des
weiterzufüh
für englisch
die Türken
den Franze
entwickeln.
Die für
richt, daß
gora-Abkom
die Siderch
Die Durch
Orient fan
ganze Stell
folge diese
zösischer
Friedens v
ist aber au
wäre gar n
absehbarer
Worten n
Frankre
feiten zu
lonialbesit
dort am 1.
eingewick
reket, gew
Beruch, de
nungen im
Verfassung
Auch sonst
Gewaltmitt
ja! hat m
dem er dur
Die weiter
schen Kam
das Fortsch
und Tunis
André Ber
deswegen
schließlich
aber nichts
Tunis nicht
die Mocha
gora zusa
Türken.
Für un
französisch
englischen
die Türken
die Franze
langen, da
Wenn
französisch
gung über
zustande
brückenden
Orient-Inte
geworden.
lonien zähl
über kurz
land weiß
Vorherrsch
noch sehr
Die großen
Frankreich
Ausbau de
Politik ne
ger wichtig
einmal der